



Winnender Zeitung

www.winnender-zeitung.de



Ihre private Kleinanzeige online aufgeben



www.zvw.de/anzeigen

Zeitungsverlag Waiblingen E 5759 Donnerstag, 27. November 2014 164. Jahrgang Nr. 274 1,45 Euro

Winnenden

Über 800 Pakete auf Lastwagen nach Rumänien verfrachtet

Aktion „Weihnachtsfreude“ für bedürftige Familien

Seite B2

Leutenbach

Kinderkrippe soll in Mehrfamilienhaus eingerichtet werden

Gemeinde möchte in Nellmersbach eine Gruppe für unter Dreijährige

Seite B2

Rems-Murr

Ein Alltag zwischen Angst und Warten

Eine Poma-Familie aus einem Asylbewerberheim berichtet

Seite C3

Rems-Murr

Inklusion oder Sonderpädagogik? Benjamins Weg

Inklusion ist toll. Aber ist Inklusion das allein Glückseligmachende? Benjamin geht inzwischen in die Schule. Sie erinnern sich an Benjamin? Er hatte als Baby einen ganz schweren Unfall, und seine Eltern kämpften für ihn und um Inklusion. Und heute? Benjamin geht auf eine Sonderschule. Es geht ihm gut.

Seite C4



Benjamin und sein Vater Lukas Böhringer.

Wir sind für Sie da

Aboservice (07151) 566-444 aboservice@zvw.de
Anzeigen (07151) 566-411 anzeigen@zvw.de
Redaktion (07195) 69 06 - 49 winnenden@zvw.de
Lokal (07151) 566 - 275 kreis@zvw.de
Kreis (07151) 566 - 262 sport@zvw.de
Sport

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
9915,56 Pkt. +54,35 Pkt.	3226,08 Pkt. -0,07 Pkt.	1,2452 Dollar +0,20 Cent

Wetter



Mittags 9°
Nachts 3°
In weiten Teilen bewölkt, örtlich kann Regen fallen



Erste Pflegeberufsmesse des Kreises in Winnenden



Eine Ausbildungsmesse für Pflege- und Gesundheitsberufe hat die Winnender Wirtschaftsförderung zusammen mit acht Partnern ausgerichtet.

Die Resonanz von Schülern, aber auch Erwachsenen, war so gut, dass die „Gesundheitsstadt“ Winnenden 2015 wieder Gastgeber sein soll. Das

Böttner-Foto zeigt Sarina, Milinda und Tiffany mit Gudrun Dettenmaier, Mentorin für Altenpflege bei der Paulinenpflege. Seite B1

Gabriel: Bei der Energiewende passt fast nichts zusammen

Treffpunkt Foyer Wirtschaftsminister fordert Korrekturen, sonst werde Strom unbezahlbar

Die Energiewende in Deutschland ist nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) bislang nicht gelungen. Ganz viele Fragen seien nicht beantwortet, sagte er am Mittwoch.

Vonainer Wehaus

STUTTGART. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel geht mit der Energiewende hart ins Gericht. „Da passt fast nichts zusammen“, sagte der SPD-Vorsitzende am Mittwochabend beim Treffpunkt Foyer unserer Zeitung vor rund 750 Zuhörern in der Stuttgarter Liederhalle. Im Norden Deutschlands habe man ein Überangebot an

Strom, das man dann den Polen aufdränge, so Gabriel. Im Süden hingegen brauche man Strom von alten und sehr umweltschädlichen Ölkraftwerken aus Österreich.

„Die Dinge müssen mal ineinandergreifen“, sagte Gabriel. Andernfalls könne den Strom am Ende keiner mehr bezahlen.

Der schnelle Ausstieg aus der Atomkraft, den im Jahr 2011 die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung beschlossen hatte, war laut Bundeswirtschaftsminister Gabriel eine Panikreaktion. Er sei zwar Atomkraftgegner, aber ihm habe sich nie erschlossen, warum nach einem Erdbeben samt Atomunfall in Japan Deutschland möglichst rasch aus der Atomkraft aussteigen müsse. Den Plan der rot-grünen Vorgängerregierung, der ein langsames Abschalten der Atom-

meiler vorsah, habe er für vernünftiger gehalten. Gabriel nannte den schnellen Atomausstieg eine „Operation am offenen Herzen“. Seiner Ansicht nach könne man nun nicht auch noch zeitgleich die Kohlekraftwerke abschalten. Sie seien für die Grundversorgung mit Strom noch unerlässlich. Gaskraftwerke seien in großem Maßstab keine wirkliche Alternative, denn diese Art der Stromherstellung sei mit Abstand die teuerste.

Gabriel wird von Umweltschützern und Grünen dafür kritisiert, dass er am Kohlestrom festhält. Er verwies in der Liederhalle darauf, dass energieintensive Unternehmen bereits seit Jahren abwandern. Diese Industrien seien aber ein Juwel, um das Deutschland beneidet werde.

Gb Quötchen!

Die Frauenquote für Aufsichtsräte kommt. Laut den Grünen ist es zwar nur ein Quötchen, aber Familienministerin Schwesig hat sich immerhin mal durchgesetzt. Ausschlaggebend war, dass CDU-Fraktionschef Kauder vor der entscheidenden Sitzung der Koalitionsspitzen im Kanzleramt der SPD-Politikerin vorwarf, sie sei „weinerlich“. Da heulten alle auf. Sogar Kanzlerin Merkel soll der Ministerin daraufhin mit feuchten Augen Quötchen gegeben haben. Anschließend tranken die Koalitionäre gemeinsam ein Flennburger Pils und schworen sich gegenseitig, unzerträglich zu sein. Kauder suchte derweil sein Heul in der Flucht und will nun prüfen lassen, ob das Kanzleramt in Berlin zu nah am Wasser gebaut ist. (rai)



Wasserwerfer-Prozess: Tumulte im Gerichtssaal

Stuttgart 21 Landgericht stellt Verfahren gegen Polizisten ein

Von George Stavakis

STUTTGART. Das sogenannte Wasserwerfer-Verfahren gegen zwei ehemalige Polizei-Einsatzführer ist am Mittwoch wieder wartet wegen geringer Schuld der Angeklagten eingestellt worden. Das Ende des bundesweit beachteten Prozesses am Landgericht Stuttgart war von massiven Protesten von Gegnern des Bahnprojekts Stuttgart 21 begleitet. Schließlich ließ die Vorsitzende Richter den Saal räumen. Anschließend wurde sogar das Landgerichtsgebäude geräumt.

Den beiden 42 und 48 Jahre alten Polizisten, die am 30. September 2010 bei der Räumung des Schlossgartens als Einsatzab-

schnittsleiter eingesetzt waren, war von der Staatsanwaltschaft Körperverletzung im Amt vorgeworfen worden. Bei dem Polizeieinsatz waren mehrere Demonstranten durch Wasserstöße zum Teil schwer verletzt worden. Den Angeklagten sei jedoch nicht nachzuweisen, dass sie Kopftreffer durch Wasserwerfer wahrgenommen hätten, so die Vorsitzende Richterin. Die zwei Beamten seien viel mehr vom damaligen Polizeipräsidenten Siegfried Stumpf in einer schwierigen Situation „allengelassen worden“, so das Gericht. Gegen Stumpf wird wegen Körperverletzung im Amt ermittelt. Laut Staatsanwaltschaft sollen die Ermittlungen Anfang nächsten Jahres abgeschlossen sein.

Kommentar

Firmen wollen Frauen, aber keine Quotenfrauen

Anteil weiblicher Aufsichtsräte soll per Gesetz steigen – Die Kritik bleibt

Von Walther Rosenberger

BERLIN. Führende Wirtschaftsverbände haben ablehnend auf die geplante Einführung einer Frauenquote in Firmen-Aufsichtsräten reagiert. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sprach von einer „falschen Antwort“ auf ein wichtiges Thema. Zuvor hatten sich die Spitzen der Berliner Regierungskoalition auf die Quote geeinigt.

Betroffen sind rund 100 große und börsennotierte Firmen, deren Aufsichtsräte in Zukunft zu 30 Prozent weiblich sein sollen. Für mittelgroße Firmen soll ab 2015 eine Selbstverpflichtung greifen. Die Wirtschaft im Südwesten sieht die Quote mit gemischten Gefühlen. Bei der BASF, wo ähnlich wie bei Daimler und Siemens ein Viertel des Aufsichtsrats weiblich ist, hieß es, die Quote stelle „nicht den richtigen Weg“ dar. Es gehe um die Einigung Unter den Dax-Konzernen ist der Waschmittelhersteller Henkel mit 43,8 Prozent Quoten-Spitzenreiter.

Kommentar

Schlüssig

Ende des Wasserwerfer-Prozesses ist kein Justizkandal

Von George Stavakis

Das Ende des Wasserwerfer-Prozesses ist unbefriedigend, natürlich. Es ist aber alles andere als ein Justizkandal, wie manche empörte Nebenkläger und Stuttgart-21-Gegner skandieren. Die vom Gericht vorgetragenen Gründe für die Einstellung des Verfahrens gegen die zwei Polizisten sind schlüssig.

Nicht diese beiden damals am sogenannten Schwarzen Donnerstag vor gut vier Jahren als Abschnittsleiter eingesetzten Beamten haben versagt. Die Verantwortung liegt bei denjenigen, die diesen desaströsen Polizeieinsatz für die damals nicht genehmigten Baumfällung im Schlossgarten geplant haben. Nach dem 30. September 2010 sind haarsträubende Fehler zutage getreten. Ex-Polizeipräsident Siegfried Stumpf hat die Aktion auf Teufel komm raus durchgezogen, seine Adlanten haben die Fehlplanung abgenickt. Kritische Polizisten wieder Vizechef der Bereitschaftspolizei wurden nachweislich mundtot gemacht.

Ganz aus der Verantwortung kann sich allerdings auch so mancher S-21-Gegner nicht stehlen. Etliche Demonstranten haben sich fahrlässig, mancher gar strafrechtlich relevant verhalten. Das jedoch entlastet die Polizeiführung in keiner Weise. Ein Demonstrant darf darauf vertrauen, von den Einsatzkräften nicht schwer verletzt zu werden – auch wenn er sich fahrlässig verhält.

Der Fehler liegt im System. Wie kann es sein, dass der Chef der Wasserwerferstaffel in so einer Situation allein verantwortlich handeln darf – ohne Rücksprache mit seinen Vorgesetzten? Und was hatte der Polizeipräsident außerdem an Einsatzstellen bei einer Pressekonferenz zu suchen – just zu der Zeit, als sich die Lage im Schlossgarten massiv zuspitzte? Diese Fragen müssen beantwortet werden.

g.stavakis@t-n.zg.de

Bopp: Bis Ostern Filderbahnhof plus klarmachen

Regionalpräsident will mehr Schienenverkehr und direkte Geiserverbindung zwischen Böblingen und Esslingen

Von Jörg Hamann und Josef Schunder

STUTTGART. Der Druck auf die Bahn AG, bei Stuttgart 21 ihre Baupläne für den Flughafenbereich auf den Fildern zu verbessern, hat sich am Mittwoch weiter erhöht.

Der Vorsitzende des Verbandes Region Stuttgart, Thomas Bopp (CDU), fordert in einem Gespräch mit unserer Zeitung vehement den Flughafenbahnhof plus. Bis Ostern 2015 müssten sich die S-21-Partner

darauf geeinigt haben, sagte er. Sonst sei die Chance auf eine zukunftsfähige Schienenausstattung für die nächsten 100 Jahre veran.

Die Mitglieder der zuständigen Parlamente und der Verbandsversammlung hätten die Pflicht, über ihre Amtspreise hinauszuweisen und die Weichen richtig zu stellen. Das kann nach Bopps Meinung nur bedeuten, den Standort des unterirdischen Flughafenbahnhofs vom Bereich Messepiazza in Richtung Flughafen terminals zu

verschieben. Dadurch käme der Bahnhof näher zur heutigen S-Bahn-Haltestelle. Eine Mischnutzung des S-Bahnhofs für S-Bahnen sowie Fernzüge könnte vermieden werden. Für den Schienenverkehr ergäben sich zusätzliche Möglichkeiten.

Im Kern gehe es darum, die Kreise Böblingen und Esslingen direkt miteinander zu verbinden, ohne dass S-Bahnen auf die überlastete Stammstrecke in der Stuttgarter Innenstadt geschickt werden, sagte Bopp. Die Verantwortlichen der Bahn forderte er

auf zu erklären, wie sie die Zukunftsfähigkeit des S-Bahn-Verkehrs sicherstellen wollen. Schon zurzeit bleibe die Qualität des Verkehrs hinter den vertraglichen Vereinbarungen zurück. Auch das Land müsse an einer Optimierung interessiert sein.

Bopp sagte, er ziehe in der Frage Flughafenbahnhof an einem Strang mit Stuttgart OB Fritz Kuhn (Grüne). Dieser hatte sich am Montag bei einem Redaktionsbesuch unserer Zeitung für die Verbesserung des Bahnprojekts beim Flughafen ausgesprochen.